

## Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik Nr. 17 – Oktober 2017

> EXTRA-Ausgabe Teil III



Kampf um Befreiung

statt

Flucht, Krieg und Barbarei

Inhalt	Seite
EDITORIAL	03
AKTUELLES zum Notstand der Republik	
Einleitung	04
Wollt ihr die totale Resilienz? - Autoritärer Staatsumbau als Programm, totaler Krieg als Aussicht und Deutschland als höchster Wert: Warum jeder das "Weißbuch der Bundeswehr 2016" lesen und ernst nehmen sollte	06
Bürgerkriegsübung zum Schutz der Bürger? - Amoklauf in München: Wie ein Verbrechen für die Vorbereitung von größeren Verbrechen herhalten muss	09
Bundeswehr verstärkt Zugriff auf Armeen seiner Nachbarländer: Das Beispiel des niederländischen Heeres	09
Von Sicherheit und Deutschtümelei	11
7.10.2016: "Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht"	12
Nein heißt [Zum neuen Sexualstrafrechtsgesetz]	14
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Auf die Straße – Fotoreihe von Aktionen in den letzten Monaten	16
"Jubel über militärische Schauspiele ist Reklame für den nächsten Krieg" – oder - Über das Demokratieverständnis in Burglengenfeld	21
MATERIAL zum Notstand der Republik	22
Erklärungen	Anhang



## Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein. In diesem arbeiten seither Jugendliche aus

unterschiedlichen Organisationen und Gruppen zusammen. Mit Broschüren, Flugblättern und diesem Infobrief, den wir seit 2009 regelmäßig herausgeben, informieren wir über den Notstand der Republik und haben eine ganze Reihe von Aktionen, Demonstrationen und weitere Kongresse dagegen organisiert. Für diese Aktionen konnten wir oft größere Bündnisse schließen oder wir haben uns an Bündnissen beteiligt, außerdem sind wir Teil einer internationalen Aktionseinheit gegen den Krieg.

Mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise hat sich die Kriegsgefahr verschärft. Dadurch ist die Militarisierung und der Notstand der Republik zu einer sehr konkreten Bedrohung für die Jugend geworden. Aber, so schreiben wir in einer Erklärung: "Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern!

Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!"

### Mach mit!

Du bist herzlich eingeladen im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik mitzuarbeiten. Über einen Mail-Verteiler informieren wir über Treffen und Aktionen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. Gerne kommen wir auch in Gruppen oder Gremien, um über den Notstand der Republik zu referieren. Für regelmäßige Informationen kann unser

Infobrief abonniert werden. Die darin enthaltenen Artikel können verbreitet werden, bzw. wir drucken auch gerne Artikel, Flugblätter und Aktionsberichte ab, die im thematischen Zusammenhang mit dem Kampf gegen diesen Staatsumbau und die Kriegsvorbereitung stehen.

### Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org • Mail: info@Jugendkongress-NdR.org Spenden: M. Wildmoser, IBAN: DE09 2004 1144 0319 6284 00, BIC: COBADEHD044, comdirect

## AKTUELLES zum Notstand der Republik

## **Einleitung**

In Zeiten gesellschaftlicher Unruhe wird wichtig, was Halt und Orientierung gibt.

Die gegenwärtige Krisenpermanenz verleitet Europas Staaten dazu,
sich gemeinsamen Lösungen zu entziehen und auf nationale Interessen zu konzentrieren.

Der umgekehrte Weg wäre besser: Aufbau starker nationaler und regionaler Identitäten – um sich dann mit
breitem Rückhalt der gemeinsamen Bewältigung internationaler und globaler Aufgaben zu widmen.

Kraftquelle: Heimat und Patriotismus ...

... Kraftquelle: Leitkultur

Doch eine Leitkultur umschließt nicht nur Werte und Rechtsnormen. Zu ihr gehören auch Übereinkünfte, die von der Regelung des Alltagslebens bis zur Ausgestaltung der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt reichen.

(Aufruf zu einer Leit- und Rahmenkultur, CSU/CDU Sachsen vom 30.09.2016)



In der Erklärung "Asylrecht statt Kriegsrecht – Kampf um Befreiung statt Flucht, Krieg und Barbarei" des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik vom Dezember 2015 heißt es: "Von der verlogenen Willkommenskultur der Herrschenden bleibt nicht mehr übrig, als die Flüchtlinge als den willkommenen Anlass zu nehmen, das Grundgesetz zu schleifen und den Gewaltenapparat weiter auszubauen." Kurz darauf wird die Silvesternacht in Köln zu einer "Nacht des Schreckens" hochstilisiert. Innerhalb weniger Tage wird von Tausenden vergewaltigenden Nordafrikanern geschrieben und die Politiker übertreffen sich gegenseitig mit Reaktionsvorschlägen - einer reaktionärer als der andere. Der 31. Dezember 2015 wird als Anlass für einen Wendepunkt in der sogenannten "Flüchtlingspolitik" genommen. durch die selbst gleichgeschaltete Presse geförderte Pogromstimmung und der staatlich verordnete Rassismus sind Mittel zum Zweck: Und zwar nicht mehr "nur", um den Abbau demokratischer Rechte umzusetzen, sondern um den Krieg gegen die ganze Bevölkerung einzuüben und erste faschistische Gesetze zu planen. Gleichzeitig wird durch die Verbreitung der Ideologie der Volksgemeinschaft das Feindbild geschaffen, das es braucht, um den Krieg

nach außen vorzubereiten. Das ist es, wozu der Rassismus den Herrschenden dient.

Wurden die Zerschlagung der Reste des Asylrechts, die Einführung rassistischer Sondergesetze für Flüchtlinge und der Einsatz der Bundeswehr in der "Flüchtlingshilfe" bis dahin unter Merkels Losung "Wir schaffen das" umgesetzt, wandelt sich nun das Vorgehen. Der Fraktion des Deutschnationalismus unter dem Deckmantel des Humanismus um Merkel und ihren Teil der CDU tritt immer offener und aggressiver die faschistische Sammlungsbewegung um die bayerische CSU und ihre Verbündeten in der CDU entgegen. Es ist nicht die AfD, die die CSU nach rechts treibt, sondern die CSU braucht die AfD, um sich bundesweit zu etablieren und alle rechten und faschistischen Bewegungen wie PEGIDA in sich zu vereinigen. Die Macht dazu hat die CSU: Seit 60 Jahren regiert sie ein ganzes Bundesland. Und das nicht nur über die Partei, sondern der ganze bayerische Staat ist von der CSU durchsetzt - vom niederbayerischen Rathaus bis zur bayerischen Staatskanzlei. Gerade die CSU nutzt den reaktionären deutschen Föderalismus, um Bayern wieder zur "Ordnungszelle des Reichs" zu machen und ihre Machtposition dort als Ausgangspunkt für das Umschalten auf die offene Gewaltherrschaft zu nutzen. Das von der CSU geplante völkische Machwerk mit dem Titel "Integrationsgesetz" ist ein erstes faschistisches "Gesetz", das in der BRD verabschiedet werden soll. Schon im Herbst 2015 geschrieben, bot die Silvesternacht den notwendigen Grund, damit in die Öffentlichkeit zu gehen.

Die Verpflichtung der gesamten Bevölkerung auf eine "deutsche Leitkultur", die Einteilung in Blutsdeutsche und Nicht-Blutsdeutsche bis hin zum Viertel-Einwanderer, Arbeitszwang für Geflüchtete, Zuweisungen von Wohnungen, rassistische Ausgrenzung in Schwimmbädern, Bibliotheken und anderen öffentlichen Einrichtungen und Gesinnungsjustiz gegenüber jedem, der die "geltende verfassungsmäßige Ordnung" nicht akzeptiert (was keine Straftat darstellt, sondern in den Bereich der Meinungsfreiheit fällt), sind die Kernelemente dieses Machwerks.

Kurz darauf wird auf Bundesebene ein "Integrationsgesetz" ohne die offene völkische Wortwahl, also den Bezug auf die Blut-und-Boden-Ideologie der CSU, beschlossen. Das "Bundesintegrationsgesetz" bleibt sachlich und eiskalt bürokratisch und hebt trotzdem Arbeitszwang, Wohnungszwang, Denunziantentum, Sanktionieren und Betteln um Asyl in Gesetzesrang.

Wie sehr der Rassismus und die Volksgemeinschaft notwendig sind für den Krieg, drückt das neue "Weißbuch der Bundeswehr" in etwas anderer Wortwahl aus: "Ein gemeinsames Risikoverständnis Grundlage Aufbau die für den gesamtgesellschaftlichen Resilienz" (Weißbuch, S. 59). Um Ruhe an der Heimatfront zu schaffen, wird der Krieg gegen das ganze Volk vorbereitet, geplant und geübt. Eine Person begeht in München eine Straftat und erschießt neun Menschen (14 Menschen ersaufen jeden Tag im Mittelmeer) und der Staatsapparat nutzt die Gelegenheit, um eine Bürgerkriegsübung in ungekanntem Ausmaß durchzuführen. Sofort wird nachgelegt: Ohne Parlamentsbeschluss wird festgelegt, dass Polizei und Bundeswehr den Einsatz im Inland zukünftig gemeinsam üben. Über die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird diskutiert. Ein neues "Konzept Zivile Verteidigung" wird aufgelegt. Die militärische Führung der EU durch mithilfe eines Deutschland soll militärischen Hauptquartiers gefestigt werden.

Immer deutlicher wird ein Muster: Auf den selbst geförderten Rassismus und die hausgemachte Panik wird mit immer härteren Maßnahmen der Staatsapparat weiter aufgerüstet, immer mehr demokratische



Rechte durch die blanke Willkür ersetzt und die Volksgemeinschaft geschaffen.

Welche nächsten Maßnahmen uns bevorstehen, lässt sich zum Beispiel am neuen Papier des CSU-Parteivorstands vom 9./10. September 2016 zur "Flüchtlingspolitik" erahnen, das schon auf der ersten Seite klar stellt: "Deutschland muss Deutschland bleiben". Es beinhaltet u.a. folgende Punkte:

- Volksbefragung zur Verankerung der "Leitkultur" in der bayerischen Verfassung
- Obergrenze für das Grundrecht auf Asyl für 200.000 Menschen
- "Transitzonen" an den Grenzen
- Verbot von Burkas als "Uniform des Islamismus" in der Öffentlichkeit
- Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, denn "man kann nicht Diener zweier Herren sein"
- Vorrang für Zuwanderer aus dem "christlichdemokratischen Abendland"…

Doch all diese Maßnahmen zeigen auch, wie wacklig der Thron der Herrschenden ist. Und mögen wir auch noch wenige sein: Wir sind es, die beginnen, an ihm zu rütteln. Die völkischen und militaristischen Maßnahmen werden fallen. Wann? Mit dieser Regierung!

(Patrick & Manel, Regensburg)

"Wer bei uns leben will, muss sich integrieren, Deutsch lernen und seinen Lebensunterhalt selbst verdienen ....

Integration ist zu allererst eine Bringschuld. ...
Die deutsche Staatsangehörigkeit verpflichtet zur ungeteilten Loyalität zu Deutschland. Man kann nicht Diener zweier Herren sein."

(CSU, Klarer Kurs bei der Zuwanderung, 9./10.09.2016, Schwarzenfeld)

Das ist das Verständnis, das die CSU hier propagiert: Diener sollen wir sein. Diener des Herren Deutschland. Die Kraftquelle, um Diener zu sein und zu bleiben: Der Patriotismus, die Leitkultur, das Bekenntis zur Rolle Deutschlands in der Welt. Und das ist der Hauptgrund, warum es UNS ALLE betrifft, Gesetze für Nicht-Deutsche-Staatsbürger erlassen werden, die hier leben. Denn indem diesen diktiert wird, wie sie hier zu leben haben, wem und was sie sich unterzuordnen haben, dass "Integration" eine "Bringschuld" ist, also ein Einbringen in etwas Bestehendes, dann ist auch damit gesagt, was das Bestehende ist.

### Wollt ihr die totale Resilienz?

Autoritärer Staatsumbau als Programm, totaler Krieg als Aussicht und Deutschland als höchster Wert: Warum jeder das "Weißbuch der Bundeswehr 2016" lesen und ernst nehmen sollte

### Weißbuch der Bundeswehr?

In Deutschland findet ein systematischer, autoritärer Staatsumbau statt, der die Demokratie beseitigen und die Bevölkerung kriegsbereit machen soll.

Diese Aussage hört sich erst einmal fragwürdig an. Wer aber an ihr zweifelt, den belehrt seit Sommer diesen Jahres die deutsche Bundesregierung höchst selbst eines Besseren. Am 13. Juli 2016 hat sie nämlich ein neues "Weißbuch der Bundeswehr" veröffentlicht. Ein "Weißbuch" ist im Grunde eine Erklärung längerfristigen, kriegspolitischen Richtlinien, Überlegungen und Strategien der Regierung, die in unregelmäßigen Abständen vom Kriegsministerium herausgegeben wird. Anders gesagt: Im "Weißbuch" teilt die Bundesregierung der Öffentlichkeit mit, wo sie in den kommenden Jahren in der "Sicherheitspolitik" (also: Kriegspolitik) ihren Fokus setzen wird, wer oder was beispielsweise als Bedrohung angesehen wird und aus welchem Grund. 1 Das letzte "Weißbuch" wurde 2006 erstellt, sei nun aber jetzt, wie etwa Merkel in ihrem Vorwort betont, durch eine

"veränderte Sicherheitslage" ("Weißbuch", S. 6) hinfällig geworden.

Worin besteht diese Veränderung?

Unter anderem darin: "Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen." (S. 22). Im neuen "Weißbuch" wird also unverhohlen davon gesprochen, dass Deutschlands "sicherheitspolitischer Horizont global [ist]" (S. 56), anders gesagt: Die ganze Welt wird als potentielles Interessens- und Aufmarschgebiet des deutschen Imperialismus gefasst. Deutschland beansprucht Weltgeltung.

Und so finden die deutschen Imperialisten klarere Worte als manche Linke, um die Weltlage aus der Sicht des Imperialismus zu beschreiben: "Deutschland wird zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen. [...] Perspektivisch wird Deutschland gleichwohl seine Stellung als weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht einbüßen. Die Volkswirtschaften aufstrebender Mächte in Asien und Lateinamerika werden nach heutigem Ermessen in den kommenden Jahren das deutsche [...] Bruttoinlandsprodukt überholen. Wohlstand und Volkseinkommen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> vgl. die Website des Kriegsministeriums: www.bmvg.de

sind in Deutschland in hohem Maße abhängig von funktionierenden Rahmenbedingungen in Europa und in der Welt. [...] Unser Land ist in besonderem Maße auf gesicherte Versorgungswege, stabile Märkte sowie funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. Diese Abhängigkeit wird weiter zunehmen"(S. 22).

Was die Bundesregierung hier so geschwollen sagt, heißt nichts anderes, als dass die BRD zwar Weltgeltung haben will, allerdings gerade durch aufstrebende Volkswirtschaften des globalen Südens "unter Druck" (S. 23) steht. Will die BRD also ihre Position in der Welt halten und ausbauen (das erklärte Ziel des "Weißbuchs") wird es nötig, dass sie

für die "Aufrechterhaltung der regelbasierten, internationalen Ordnung" (S. 25), kämpft, was als drittes Hauptziel der "Sicherheits"politik angegeben wird.

Dazu – dies nur nebenbei – sehen die Herrschenden ein, dass sie vorerst noch NATO und die USA brauchen werden: "Nur im Verbund mit anderen kann Deutschland sein Territorium und seine offene Gesellschaft schützen, seine begrenzten Ressourcen effektiv einsetzen sowie seine Innovations- und Produktivkräfte entfalten" (S .25).

Gleichzeitig wird erklärt, dass man nationales Interesse vor Bündnistreue stellen will (ebd.). Dies kann durchaus als eine Geste der Selbstbehauptung des deutschen Imperialismus gegen den amerikanischen gelesen werden.

Doch dieser ist im Moment dem deutschen Kapital noch nützlich, wenn es gegen den im "Weißbuch" klar benannten Hauptfeind geht: Russland. Denn, kurz gefasst, Russland sei am Erstarken in Osteuropa, das doch eigentlich in der direkten Interessensphäre des deutschen Kapitals liegt, Einfluss (vgl. S.31 ff.). Dies muss verhindert werden:

"Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland somit auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen. [...] Umso wichtiger ist im Umgang mit Russland die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und dem Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits." (S. 32)

### Resilienz?! Wtf?!

Bleiben wir bei diesem Zitat für einen Moment. Es wird hier – in verständlicheren Worten\_– gesagt, dass Russland, wenn es weiterhin in Konkurrenz zum deutschen Imperialismus steht, bekämpft werden muss. Und dieses Bekämpfen besteht einerseits in "kollektiver Verteidigung", also Bündnissen, die sich

gegen Russland richten (s. NATO), andererseits aber im "Aufbau von Resilienz".

Das Wort Resilienz geistert an unzähligen Stellen durch das "Weißbuch". Die Verfasser gestehen der Resilienz eine so große Bedeutung zu, dass sie ihr ein eigenes Kapitel widmen und das Wort in einem Infokasten erklären, was keineswegs mit allen Fremdworten geschieht. Demnach meint Resilienz das Folgende: "Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen. Störungen und Gefährdungen bewegen sich vielfach an deren Schnittstelle. [...] Unter diesen Rahmenbedingungen bedarf es wirksamer gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge. [...]. Für die gesamtstaatliche

Sicherheitsvorsorge ist die Stärkung von Resilienz und Robustheit unseres Landes gegenüber aktuellen und zukünftigen Gefährdungen von besonderer Bedeutung. Dabei gilt es, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen, Bürgerinnen und Bürgern sowie privaten Betreibern kritischer Infrastruktur, aber auch den Medien und Netzbetreibern zu intensivieren. Das Miteinander aller in der gemeinsamen Sicherheitsvorsorge muss selbstverständlich sein." (S. 47)

Das Wort Resilienz entstammt

der Soziologie, und meint, vereinfacht gesagt, die Fähigkeit einer Gesellschaft, Katastrophen, Kriege, Aufstände etc. unbeschadet zu überstehen. Die Bundesregierung verlangt also, in aller Offenheit, dass die ganze Gesellschaft in der Lage sein soll, einen Kriegsfall zu überstehen. Die gesamte Gesellschaft soll militarisiert und kriegsbereit gemacht werden.

Dazu wird es als dringend notwendig erachtet, die gesamte Gesellschaft in die Kriegspolitik mit einzubinden. "Das Miteinander aller in der gemeinsamen Sicherheitsvorsorge muss selbstverständlich sein." Oder, noch offener, an anderer Stelle: "Sicherheitsvorsorge ist nicht nur eine staatliche, sondern wird immer mehr zu einer gemeinsamen Aufgabe von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft" (S. 60). Nach der Vorstellung der Bundesregierung muss also die gesamte Gesellschaft und auch jeder einzelne Bürger in die Kriegspolitik eingebunden sein. Jeder Bereich des Lebens soll den Kriegsplänen des Kapitals untergeordnet werden, zur Abschreckung des Gegners. Das soll zum einen durch die Verzahnung von Wirtschaft, Staat und Militär geschehen, wobei gerade den Reservisten im Rahmen des Heimatschutzes eine herausragende Bedeutung beigemessen wird (S. 125), aber auch die "Einbindung" der sog. zivilen Katastrophenschutzorganisationen, wie THW oder Rotes Kreuz (vgl. 56ff.).



Andererseits aber muss auch der einzelne Bürger resilient werden. Dabei geht es zum einen um die "öffentliche Meinung" (S. 60. Das einzige Mal, dass diese im ganzen Dokument vorkommt, nebenbei bemerkt). Diese wird als ein Problem wahrgenommen, da sie von außen beeinflusst werden könnte.

Man darf nun getrost davon ausgehen, dass die Herrschenden nicht davor Angst haben, Russland oder andere Staaten könnten ernsthaft und massenhaft regierungsfeindliche Meinungen schüren. Sondern, das eigentliche, wenn auch nicht offenen angesprochene "Problem" ist hier, dass sich die gegen die Kriegspläne der "öffentliche Meinung" Herrschenden richten könnte. Ein Volk, das nichts von Krieg und Soldatentum hält, wird wenig dazu geneigt sein, das zu tun, was die andere Seite der Resilienz ist, nämlich als Hilfstruppen, Volkssturm etc. den Krieg zu unterstützen. Aber genau das fordert, freilich in anderen Worten, das "Weißbuch". Wenn die ganze Gesellschaft kriegsbereit sein soll, wird es also nötig, die öffentliche Meinung zu lenken, sie im Sinne des Militarismus zu beeinflussen. Um dies zu erreichen, will die Bundesregierung die Bundeswehr noch mehr im Alltag präsentieren, sollen die Propagandaschauen auf öffentlichen Plätzen und in Schulen vermehrt werden und der "sicherheitspolitische Diskurs in der Gesellschaft" von der Bundeswehr gestaltet werden (S. 111-112). Kurz gesagt: "Zur Sicherstellung des Bedarfs und auch zur Resilienzbildung in der Gesellschaft muss eine Durchlässigkeit zwischen Bundeswehr, Gesellschaft und Wirtschaft erreicht werden (S.125).

Nur eine robuste Volksgemeinschaft kann eben im totalen Krieg bestehen.

### Und jetzt? Was tun?

Es ist nicht falsch, hier von Volksgemeinschaft und totalem Krieg zu sprechen. Tatsächlich erklärten nach dem Ersten Weltkrieg [J.M.1]rechtsgerichtete Psychiater und Ärzte, die deutschen Soldaten hätten zu schwache Nerven gehabt und es sei notwendig, solle der nächste Krieg gewonnen werden, die Gesellschaft zur robusten Volksgemeinschaft umzubauen, in der jedes Mitglied einem totalen Krieg dient. Ein Gedanke, den die Nazis voll und ganz übernommen haben.<sup>1</sup>

Und recht viel anders denkt die Regierung nicht. Sie sagt in ihrem "Weißbuch", dass sie vorhat, die gesamte Gesellschaft auf die Kriegspolitik auszurichten. Die öffentliche Meinung kommt so nur noch als Sicherheitsrisiko vor, die Demokratie verkommt zur leeren Phrase. Ganz ungeschminkt starrt dem Leser des "Weißbuchs" so die Fratze des deutschen Imperialismus entgegen, der nach außen

<sup>1</sup> vgl. Dittmann, Ulrich: "Schandfleck der ganzen bayerischen Armee", auf:

http://literaturkritik.de/public/rezension.php?rez id=7395

seinen Anspruch auf die Herrschaft verkündet und nach innen alles unternehmen will, jeden Einzelnen in die Kriegsmaschinerie einzugliedern.

Wir sollen bereit und robust genug sein, für einen neuen Krieg.

Was ist die Konsequenz für die politische Linke daraus?

Zum einen, dass wir endlich lernen müssen, dass nur in unserer Gemeinsamkeit Stärke liegt. Nur durch gemeinsame Aktionen und gemeinsamen Dialog können wir dem Wüten der Herrschenden unsere Einheit entgegensetzen. Die Stärkung und der Ausbau des "Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik" sind dazu wichtige Voraussetzungen. Die Zeit kleiner Aktionsbündnisse und lokalen Herumgehänges ist vorbei – wir brauchen die überregionale Einheitsfront unter der Jugend!

Zweitens: Wer jetzt noch Szenepolitik betreibt, der schadet der Sache.

Die Bundesregierung erklärt ganz offen ihren Generalangriff auf Frieden und Demokratie. Sie will jeden Bereich militarisieren. Doch die politische Linke treibt sich weiter in ihrer kleinen Subkultur rum: Man trägt Szeneklamotten, geht auf Szenekonzerte, feiert sich im Antifaraum als Szene selbst und bleibt von weiten Teilen der Arbeiterklasse und vom aufgeklärten, halbwegsdemokratischen Kleinbürgertum abgeschnitten. Doch um diese Klassen muss es uns gehen. Daher: Hinein in die Klassenkämpfe!

Drittens: Es darf keine Illusionen mehr geben.

Dieser Staat spricht aus, was er will: Weltmacht sein und eine ergebene, einheitliche Volksgemeinschaft der Deutschen unter sich. Dennoch gibt es noch unzählige Illusionen, etwa: Es gäbe gar keinen Imperialismus, oder: nur der amerikanische Imperialismus sei gefährlich, oder: die Linkspartei wird alles besser machen.

Diese Illusionen sind genau das: Wunschträume, an der Realität vorbei. Wir müssen anerkennen, was dieser Staat ist, was er will und dann gemeinsam handeln.

### Für eine Welt des Friedens und der Solidarität!

(Sebastian, Ingolstadt)



## Bürgerkriegsübung zum Schutz der Bürger?

# Amoklauf in München: Wie ein Verbrechen für die Vorbereitung von größeren Verbrechen herhalten muss

Ein tragischer Amoklauf wird zu einer großangelegten Notstandsübung, der staatliche Gewaltenapparat wird weiter ausgebaut, demokratische Rechte werden weiter liquidiert und der Rassismus geschürt.



Am 22. Juli 2016 um 17:50 Uhr erschoss ein psychisch kranker Jugendlicher mit rechter Ideologie neun Menschen am Olympia Einkaufszentrum in München. Es begann einer Polizeieinsätze in der Geschichte Münchens mit 2.300 Polizisten, darunter die Antiterroreinheit GSG 9 der Bundespolizei und die österreichische Spezialeinheit "Cobra". Die Bundeswehr wurde grundgesetzwidrig in Alarmbereitschaft versetzt und scharfe Munition ausgegeben, auch Polizeihubschrauber mit Scharfschützen kreisten über der Stadt. Zeitgleich wurde die komplette Stadt innerhalb kürzester Zeit abgeriegelt: Die öffentlichen Verkehrsmittel wurden stillgelegt, der Hauptbahnhof wurde evakuiert, Taxis durften niemanden mehr mitnehmen, Menschen wurden in Geschäften und Gaststätten eingeschlossen und alle größeren Straßen wurden abgeriegelt. Außerdem wurde der Fernverkehr von und nach München gestoppt und Massenübernachtungslager für die Gestrandeten eingerichtet.

Begründet wurde dieser Einsatz mit der Annahme, es gäbe mehrere flüchtige Täter. Diese "mehreren flüchtigen Täter" waren allerdings zwei Zivilpolizisten ohne polizeiliche Kennzeichnung, die mit Maschinenpistolen im Anschlag durch die Stadt gelaufen sind. Als

dann Videos des Attentäters im Internet zu finden waren und dieser sich um 20:30 Uhr vor den Augen der Polizei selbst erschossen hat, war klar, dass es sich hier um einen Einzeltäter gehandelt hat. Obwohl die Gefahr nun gebannt war, rief die Münchner Polizei um 20:44 Uhr eine "akute Terrorlage" aus. Der "Terroralarm" wurde aufrechterhalten und das Sicherheitskabinett - bestehend aus Bundeskanzler. Vizekanzler. Bundesaußenminister. Bundesinnenminister, Bundesverteidigungsminister und Chef des Bundeskanzleramts - trat zusammen. Sofort wurde der Ruf nach dem bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inland laut. In der Hauptseite ging es bei diesem Einsatz von Polizei und Rettungsdiensten den Amoklauf, sondern um großangelegte Bürgerkriegsübung!



Demokratische Rechte sind Schutzrechte des Bürgers gegen die Willkür und Allmacht des Staates. Werden sie eingeschränkt oder gar liquidiert, öffnet das der Staatswillkür und letztlich dem Faschismus die Tür. Wir müssen um jedes Gramm Demokratie, jedes unserer Rechte kämpfen, um eine erneute Errichtung der faschistischen Diktatur und den nächsten großen Krieg der Großmächte gegeneinander zu verhindern.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Gegen den Notstand der Republik!

(Jakob/Michi, München)

# Bundeswehr verstärkt Zugriff auf Armeen seiner Nachbarländer: Das Beispiel des niederländischen Heeres

Mit über 3 Millionen Männern aus dem deutschen Reich und den zuvor besetzten und annektierten Ländern wie Österreich oder dem Sudetenland und dazu noch 600.000 Soldaten aus verbündeten Ländern, wie Rumänien und Italien, traten die

Hitlerfaschisten am 22. Juni 1941 zum Überfall auf die Sowjetunion an.

75 Jahre später lässt die deutsche Kriegsministerin von der Leyen am 13. Juli 2016 Russland namentlich wieder als möglichen Kriegsgegner ins neue

Weißbuch der Bundeswehr schreiben, weil "Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage" stelle.

Und auch wenn Deutschland "unter den Staaten der Europäischen Union (EU) über eines der größten Streitkräftedispositive"<sup>1</sup> verfüge und "dieses für unterschiedliche Einsätze in multilateralem Rahmen bereit" halte, wie es umständlich in Beratersprache im Weißbuch weiter heißt, wissen die Kriegstreiber hierzulande aus der eigenen Geschichte nur zu gut, selbst die Reaktivierung der derzeit dass ausgesetzten Wehrpflicht, die mögliche Öffnung der Bundeswehr für Ausländer und die eigenen militärischen Ressourcen für die angekündigten Kriegsszenarien des Weißbuches alleine nicht ausreichen. Daher treibt die Bundeswehr ihre Bemühungen voran. Teile benachbarter und Armeen bereits in "Friedenszeiten" immer weiter unter ihr direktes Kommando zu bekommen.

Gerade bei der Niederländischen Armee sind sie zum Anfang dieses Jahres einen riesigen Schritt weitergekommen. Eine kurze Übersicht in welcher Form das Kommando bisher erweitert wurde.

### Das Deutsch-Niederländisches Korps von 1995

Ein Jahr nach der Einverleibung der DDR wurde die Aufstellung eines deutsch-niederländischen Korps zwischen den Niederlanden und der BRD vereinbart. Dieses wurde 1995 am Standort Münster in Dienst gestellt. Stolz schreibt das deutsche Heer dazu auf seiner Seite:

"Die Tatsache, dass ein vorgesetzter Offizier Truppen einer anderen Nation bereits im Frieden befehligt, einmalig." Seit 2003 hat das deutschniederländische Korps u.a. in mehreren Einsätzen in Afghanistan gestanden. Es besteht ständig aus mindestens 1.100 Soldaten, soll aber bis zu 80.000 Mann unter seinem Kommando führen können. Offiziell wird es abwechselnd von einem deutschen oder niederländischen Offizier geführt. Das deutschniederländische Korps wird dabei als Basis für die militärische Anbindung weiterer Länder benutzt. So heißt es auf der Seite des deutschen Heeres: "Mit der Zuversetzung von tschechischen Offizieren im Jahr 2013 und eines belgischen Offiziers im Jahr 2014 arbeiten derzeit 13 Nationen unter einem Dach. 6 Im Mai 2016 wurde der niederländische Generalleut-

Im Mai 2016 wurde der niederländische Generalleutnant Leo Beulen mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold ausgezeichnet. Er war bis März stellvertretender kommandierender General des I.

<sup>1</sup> Zitate aus dem Weißbuch der Bundeswehr: https://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMy MmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY5NzE 3MzM0Nzc2YzYyMzcyMDIwMjAyMDIw/Weissbuch2016\_barriere frei.pdf <sup>2</sup> http://www.doutesbach.com.doutesbach.

<sup>2</sup> http://www.deutschesheer.de/portal/a/heer/!ut/p/c4/04\_SB8K8x LLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9jNTUIr2UzNS84pLiEr2U1NK 81Jzs KKCYr3E0rSSosR0 YJsR0UASEsV0Q!!/ Deutsch-Niederländischen Korps in Münster: "Für seine herausragenden Leistungen zur Festigung und Weiterentwicklung der deutsch-niederländischen Zusammenarbeit der beiden Heere."<sup>3</sup> Seit der Generalleutnant Leo Beulen am 24. März das deutschniederländische Korps verlassen hat, ist er Kommandeur der gesamten niederländischen Landstreitkräfte.<sup>4</sup>

### Die Niederländische Luftlande-Brigade

Als erste Kampfeinheit wurde 2014 die 2100 Mann starke niederländische Luftlande-Brigade in die deutsche Division Schnelle Kräfte (DSK) integriert, zu der auch das Kommando Spezialkräfte (KSK) gehört. Unter rein deutschem Kommando.<sup>5</sup>



### Die 43. niederländische Mechanisierte Brigade

Am 17. März 2016 wurde die gesamte 43. Mechanisierte Brigade der niederländischen Armee mit fast 2500 Mann dem Kommando der 1. Panzerdivision der Bundeswehr unterstellt. Damit sind alle wesentlichen Teile der Kampftruppen des niederländischen Heeres (Gesamtstärke derzeit 20.000 mit allen Logistik, Unterstützungseinheiten und sonstigen Angehörigen)<sup>6</sup> offiziell unter deutschem Befehl. Am 13. Oktober 2016 wurde vertraglich vereinbart, dass die letzten 16 niederländischen Leopard 2 Panzer 2017 an die Bundeswehr übergeben werden. Niederländische Soldaten werden zukünftig nur noch unter deutschem Kommando einen Panzer führen.

Am Tag der Vertragsunterzeichnung, am 13. Oktober, begrüßte der Kommandeur der 1. Panzerdivision Gerneralmajor Johann Langenegger 50 Hauptleute und Majore (alles angehende Lehrgangsteilnehmer des Lehrgangs General-/Admiralstabsdienst National) in der Henning von Tresckow Kaserne in Oldenburg mit den Worten: "Sie werden Dinge auf dem Lehrgang sehen, die Sie sonst nicht sehen können und die Ihnen helfen werden, sich auf die zukünftigen Aufgaben vorzubereiten." Nämlich wie

zusammenschluss-mit-niederlaendischer-armee-a-1075731.ht 6 https://werkenbijdefensie.nl/krijgsmachtdelen/landmacht/

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> http://www.deutschesheer.de/portal/a/heer/!ut/p/c4/NYyxDslw DET\_yE5BFlktVRkYWFigbCaNGkOaVJYLCx9PMnAn3Q3vdHjH 4kRvnkg5J4p4w8Hx4fGB4L0AvXT1MUliF4RdUJ\_gSUE2pmlhJq 6N13oyenA5ea1ZVsolJyHNAksWjZWsloUAjziYpu\_MzvzVfK3tzv a437b9qbvgMs\_2Bw2wx80!/

<sup>4</sup> https://www.defensie.nl/organisatie/landmacht/inhoud/c-las

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> http://www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehrzusammenschluss-mit-niederlaendischer-armee-a-1075731.html

die Bundeswehr die "1. Panzerdivision als Beispiel einer multinationalen Division" sieht: Alles hört auf unser Kommando.

### Gemeinsame Offiziersausbildung ab 2017

Ab 2017 planen das deutsche und niederländische Heer eine gemeinsame Offiziersausbildung in beiden Ländern. Die regelmäßige Teilnahme von Stabsoffizieren an der jeweiligen Generalstabsausbildung, Austauschoffiziere auf verschiedenen Ebenen, genauso wie die "enge Zusammenarbeit" in Auslandseinsätzen in Afghanistan oder Mali sind längst Routine.<sup>2</sup>

### Nach dem Heer das Meer...

Die Bundeswehr beschränkt sich bei ihrem Zugriff weder auf die Armee der Niederlande noch auf das niederländische Heer. Auch auf Teile der polnischen oder andere Armeen versucht die Bundeswehr ihren Zugriff gerade mit den Mitteln der "multinationalen" Einheiten, aber auch mit bilateralen Abkommen weiter zu verstärken.

Ebenso wenig beschränkt sie den Zugriff auf die niederländische Armee auf das niederländische Heer. Aber beispielhaft kann jeder hier sehen, wie aus einer vorgeblich "gleichberechtigten Partnerschaft" das Kommando an die Bundeswehr und damit unter die deutschen Interessen fiel. Wie unter diesen Umständen in Zukunft niederländische Bedenken zu Kampfeinsätzen dieser Einheiten berücksichtigt werden, können wir damit durchaus erahnen.

Auch die Ressourcen der niederländischen Marine hat die deutsche Kriegsministerin im Februar 2016 fest im Blick, als sie im Gegenzug zur Unterstellung

http://www.deutschesheer.de/portal/a/heer/!ut/p/c4/NYzBCslw EET\_aDcVlOKtpQreRAStt226NLFpUpatXvx4U8EZGAbeMPjA7E gvP5D6FCngHVvr990bHLMAjbpwCBDJOvHWKUd4kpONKXaQ Rk0d\_zre1qOewablumZeqs85CGkSmJNoWMkikgn4HltTNLXZmr-KT3U4N8drWe6aU33BeZqqL7eFAW0!/ http://www.deutschesheer.de/portal/a/heer/!ut/p/c4/NYyxDslw

http://www.deutschesheer.de/portal/a/heer/!ut/p/c4/NYyxDsIwDET\_yE5BFlktVRkYWFigbCaNGkOaVJYLCx9PMnAn3Q3vdHjH4kRvnkg5J4p4w8Hx4fGB4L0AvXT1MUliF4RdUJ\_gSUE2pmlhJq6N13oyenA5ea1ZVsolJyHNAksWjZWsloUAjziYpu\_MzvzVfK3tzva437b9qbvgMs\_2Bw2wx80!/



der niederländischen 43. Mechanisierten Brigade unter die deutsche 1. Panzerdivision. Unterstellung des deutsche Seebataillons unter die niederländische Marine zustimmte. Eine 800 Mann starke Eliteeinheit, die auf Evakuierungen, Anti-Terror-Einsätze und den Schutz von Seewegen spezialisiert ist. Dafür kann die deutsche Marine damit auf das niederländische "Mehrzweckschiff" "Karel Doormann" zugreifen. Auf eine Schiffsklasse, die bisher der deutschen Marine für die weltweiten Bundeswehreinsätze fehlt oder mit den Worten des ehemaligen Marineinspekteurs Axel Schimpf: "Mit diesem Schiffstyp soll die Fähigkeitslücke "Gesicherte militärische Seeverlegefähigkeit" geschlossen werden. Darüber hinaus ist das JSS der entscheidende Schlüssel zur Nutzung der See als Basis für streitkräftegemeinsame Einsätze. Dies Vorausstationierung und Demonstration politischen Willens, Führen von Einsätzen an Land, Evakuierungsoperationen, Humanitäre Hilfe sowie Unterstützung in Katastrophenfällen mit ein und stellt somit einen elementaren Beitrag zu streikräftegemeinsamen Einsätzen dar. Der Bedarf für ein solches Schiff ist weithin anerkannt, denn es stellt einen Fähigkeitsgewinn für die gesamte Bundeswehr dar. Doch noch ist es ein Zukunftsprojekt, das mit Augenmaß und langem Atem zu verfolgen ist."

(Wuide, Bochum)

### Von Sicherheit und Deutschtümelei

Deutschland befindet sich mitten in der Kriegsvorbereitung. Es wird die Heimatfront ins Visier genommen, um sie ganz im Sinne des Staates zu wappnen. Dass der Staat sich schon seit über einem Jahrzehnt umstrukturiert und auch die Bevölkerung immer mehr eine Rolle spielt, dürfte wohl bekannt sein. Nach dem der Heimatschutz aufgebaut wurde, steht nun die Resilienz auf der Tagesordnung. Jetzt geht es nicht mehr um die Errichtung eines

Zahnrades, das man mit Leichtigkeit in Gang bringen kann, nein, jetzt geht es um die Schaffung von Zusammenhalt und Wir-Gefühl der Deutschen.

Die Herrschenden dieses Landes investieren in die Forschung für "Zivile Sicherheit" und entwickeln Resilienz-Konzepte im Bereich der Gesellschaft und kritischer Infrastrukturen. "Seit 2007 wurden für die Forschungsprojekte knapp 400 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt. Zusätzlich hat die

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> http://augengeradeaus.net/2016/01/das-joint-support-ship-fuer-die-deutsche-marine-ueber-die-niederlaender/

Industrie fast 100 Millionen Euro an Eigenmitteln investiert."1

Warum und wieso dieser Schwerpunkt gelegt wird, begründet das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in dem Papier 'Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017': "Zivile Sicherheit kann langfristig nur dann gewährleistet werden, wenn die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gestärkt wird. Dafür gilt es zum Beispiel [...] die Fähigkeit der Bevölkerung zum Überwinden von Krisensituationen zu erhöhen."2 Weiterhin erklärt das Weißbuch der Bundeswehr 2016: "Nachhaltige Resilienzbildung in unserem offenen und demokratischen System ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gesellschaftlicher Selbstschutz und Selbsthilfe im Schadensfall ergänzen dabei staatliche und unternehmerische Vorsorge- und Bewältigungsmaßnahmen."3 Zur Vertiefung wird weiterhin geforscht in Bereichen wie "Untersuchungen zum Risikobewusstsein in der Bevölkerung"4 und "Entwicklung von Konzepten und analytischen Methoden zur Erhöhung gesellschaftlichen Resilienz"5

### Doch was steckt eigentlich dahinter?

Es wird eine Bevölkerung herangezogen, die dem Staat in Krisensituationen den Rücken frei hält. Widerstands- und strapazierfähig sollen sie bleiben, damit sie in Zeiten des Krieges, bei einem Verteidi-

https://www.bmbf.de/pub/Innovationsforum\_Zivile\_Sicherheit.pdf <sup>2</sup> BMBF - Forschung für zivile Sicherheit 2012-2017, Seite 13

gungs- oder Angriffsfall schön die Heimatfront aufrechterhalten und nicht auf die Idee kommen die kriegerische Situation zu beenden. Mit welchen Mitteln auch immer. Das positive Nationalgefühl soll noch mehr Einzug und Begeisterung finden.

Auch die "Berliner Erklärung der Innenminister und senatoren von CDU und CSU zu Sicherheit und Zusammenhalt in Deutschland" fordert den Ausbau eines noch stärkeren Staates. Ihre Forderungen gehen von Aufstockung der Polizei, Datenspeicherung und -weitergabe, Ausbau der Überwachung, Verfolgung von Extremisten, Absenkung der Asylbewerberleistungen etc. Soweit von staatlicher Seite. Einen Einblick, wie man als guter Bürger zu Deutschland stehen sollte, gibt ein Papier von der CSU-Parteivorstandsklausur zur Frage der doppelten Staatsbürgerschaft: "Die deutsche Staatsangehörigkeit verpflichtet zur ungeteilten Loyalität zu Deutschland. Man kann nicht Diener zweier Herren sein. Der Optionszwang muss wieder gelten: Wer wirklich Deutscher werden will, braucht keine weitere Staatsbürgerschaft."6

Die Schaffung einer Volksgemeinschaft, die Legitimation der Bundeswehr in zivilen Bereichen und die Stärkung des Staates hat nur einen Grund: In jeder Situation wird die Kriegsfähigkeit aufrecht erhalten! Wahrlich: Man kann nicht Diener zweier Herren sein. Liebe CSU, wir gehen da sogar noch weiter und schlagen vor, nicht zwei, nicht drei, nein gar keinen Herren dienen. Und schon gar keinem deutschen!

(Lena, Regensburg)

### 7.10.2016:

# "Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht"

### Wie lange kannst Du noch schweigen?

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

(Niemöller, 1933)

## Ein neues Machwerk der Ermächtigungsregierung liegt auf dem Tisch:

Neu eingeführt werden soll eine "Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht", § 60 Abs. 4a AufenthG. Ein "Ausländer, dem die Unmöglichkeit der Abschiebung zuzurechnen ist, wird eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht

erteilt." Ausländer sollen die neue Bescheinigung erhalten, wenn aus vom Ausländer selbst zu vertretenen Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, z.B. wenn er bei der Beschaffung eines Passes oder Passersatzes zur Einreise in den Herkunftsstaat nicht mitwirkt (Nr. 1), aber auch schon, wenn der Herkunftsstaat ihm

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Weißbuch der Bundeswehr 2016, Seite 60

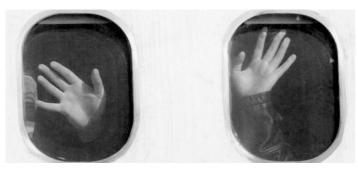
<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> BMBF - Forschung für zivile Sicherheit 2012-2017, Seite 11

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> BMBF - Forschung für zivile Sicherheit 2012-2017, Seite 13.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Vorlage zur CSU-Parteivorstandsklausur am 9./10. September 2016, Schwarzenfeld

keinen Pass oder Passersatz ausstellt (Nr. 2). Wer eine solche "Bescheinigung" besitzt, soll keine Bildungsmaßnahme mehr aufnehmen oder fortführen dürfen. Und natürlich werden demjenigen die Leistungen gestrichen, nurmehr das gerade notwendigste zum Überleben soll derjenige bekommen.

Neu, § 60 Abs. 5 Satz 4 AufenthG: Bisher war geregelt, dass bei Personen, bei denen die Abschiebung seit einem Jahr ausgesetzt ist, die geplante Abschiebung mindestens einen Monat vorher anzukündigen ist. Weg damit! Ohne Ankündigung soll die Abschiebung nun vollzogen werden, obwohl derjenige schon Monate hier lebt. Jede Nacht Angst vor dem Abschiebekommando, keine Sekunde mehr Sicherheit vor dem Zugriff durch den Staat.



Der Ausreisegewahrsam – eingeführt im Juli 2015, eine Inhaftierung ohne rechtsstaatliche Überprüfung – wird von 4 auf 14 Tage erhöht.

§ 62 Abs. 3 Satz 1a, Nr. 3 und Nr. 5 AufenthG: Die Gründe für die Abschiebungshaft werden ausgeweitet. Ausreichend soll bereits eine "erhebliche Gefähr-

dung der öffentlichen Sicherheit" oder die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe wegen einer einzigen vorsätzlichen Straftat sein. Bislang war Abschiebungshaft möglich, wenn Fluchtgefahr bestand (bereits dies heißt: Einen Menschen ohne, dass er irgendetwas getan hat, wegzusperren). Nun reicht eine "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" aus, einen Menschen wegzusperren. Das ist das, was im deutschen Faschismus "Schutzhaft" hieß. Derjenige, der bereits zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, soll gleich noch einmal eingesperrt werden können, weil er bereits eingesperrt war. Verbot der Doppelbestrafung? Nicht mehr im Jahr 2016 der BRD.

Damit nicht genug: In Nummer 3 ist zudem vorgesehen, dass Ausländer inhaftiert werden können, wenn sie irgendeinen Termin versäumen, der von den Behörden angekündigt wird. Dies können nach der Gesetzesbegründung (siehe S. 18) selbst angekündigte Besuche der Ausländerbehörde in der Unterkunft sein. Trifft der Staatsapparat dich nicht an, so wirst du eingesperrt. So wird das Untertan-Sein brachial erzwungen.

Neuer §§ 46 Abs. 2 und 48 Abs.1 AufenthG: Die Regelung erlaubt es, Mehrstaatern als Personen, "die neben der deutschen Staatsangehörigkeit mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit" besitzen, die Ausreise zu untersagen und den Pass zu entziehen. Erstmals werden damit Deutsche ausländerrechtlichen Bestimmungen unterstellt – der "Deutsche zweiter Ordnung" ist damit geschaffen.

(Anna, Köln)



### Nein heißt ...

...Nein! verkündete der Justizminister stolz am 07.07.2016. "Sein" Sexualstrafrechtsgesetz war endlich beschlossene Sache. "Hoch die sexuelle Selbstbestimmung" ruft selbst der letzte derjenigen, die sonst lieber dem deutschen Mutterkreuz nachtrauern und deren Rolle der Frau sich auf Haus und Herd beschränkt.

Mit "Selbstbestimmung" hat dieses Gesetz nicht im Ansatz etwas zu tun. Kann es auch gar nicht haben. Selbstbestimmung heißt eben - Gott sein Dank - auch, selbst bestimmt. Es heißt eben nicht, dass der Staat mir Vorschriften macht, wie ich mein Privatleben zu führen habe. Mit bürgerlichem Recht, geschaffen in den bürgerlichen Revolutionen um einen willkürlichen Eingriff des Staates gegen den

Einzelnen, abzuwehren, hat dieses Gesetz nichts zu tun. Es diktiert bis hinein ins Schlafzimmer, wie sich der Einzelne zu verhalten hat. Es regelt Verhaltensweisen in Bereichen, wo mit einer Watsche zwischen selbstbestimmten Erwachsenen eigentlich alles gesagt ist, was zu sagen ist.

Mit völkischer Stimmungs-

mache hat dieses Gesetz hingegen sehr viel zu tun. Silvester 2015/2016 und der Bann ist gebrochen. Scheiß auf Fakten! Scheiß auf so wichtige Grundsätze wie die Unschuldsvermutung. Eine Volksgemeinschaft braucht einen Feind. In diesem Fall ist es Grabscher, der sexuelle Belästiger. Vergewaltiger. Tausendfach zieht dieser umher, sieht immer südländisch aus, ist plötzlich da und wieder Sommer ist er am liebsten Schwimmbädern unterwegs. 1 Ständig neue Artikel über diese Erscheinung, neue Meldungen, im Bayern-Kurier der CSU findet sich ein ganzes Pamphlet, das - ohne jeglichen Fakt! - angebliche Belästigungen in Schwimmbädern durch Geflüchtete dokumentiert. Auf der Hand liegt: Derartige Stimmungsmache braucht eine CSU, wenn sie in ihrem "Integrationsgesetz" vorsieht, dass öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder in Zukunft nicht mehr für alle offen sein sollen, sondern den Ausländer den Zutritt verbietet. So, genau so, wird eine völkische Stimmung geschaffen.

Dass dies der Zweck des Gesetzes ist, und kein angeblicher "Reformbedarf", ist sofort festzustellen, wenn man sich ansieht, was geregelt wird:

Neu eingeführt in § 177 Abs. 2 StGB, das Ausnutzen einer schutzlosen Lage bei einem Übergriff: Land auf, Land ab, wird behauptet, dies sei bislang nicht strafbar. Stimmt einfach nicht!

"Das ('Ausnutzen einer schutzlosen Lage') ist der Kern der Empörung der Verschärfungsbefürworter. Angeblich hat nämlich die Rechtsprechung entschieden, dass Paragraf 177 Abs. 1 Nr. 3 nur dann erfüllt ist, wenn 'das Opfer sich wehrt'.

Das ist genau das Gegenteil dessen, was der BGH seit zehn Jahren in ständiger Rechtsprechung sagt. Danach ist der Tatbestand nämlich gerade dann

erfüllt, wenn das Opfer 'aus Angst … keinen Widerstand leistet'. Viele Hundert Fälle sind höchstrichterlich so entschieden worden; es gibt an dieser Rechtslage keinen Zweifel. In der stoisch wiederholten Kampagnen-Meinung wird – unbeeindruckt – trotzdem weiterhin das Gegenteil behauptet."<sup>2</sup>

Weiterhin neu eingeführt in § 177 Abs. 1 StGB: "Wer gegen

den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt oder von ihr vornehmen lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einem Dritten bestimmt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Wenn hier "erkennbar" steht, heißt dies, es geht nicht darum, dass man den entgegenstehenden Willen auch erkannt hat. Vielleicht hätte man diesen erkennen müssen, vielleicht auch nicht. Mit 6 Monaten Mindeststrafe wird damit ein Verhalten bestraft, das nicht vorsätzlich gewesen sein muss, sondern nur fahrlässig war. Nun muss aber klipp und klar geregelt sein, wann ein nur fahrlässiges Verhalten strafbar ist und wann nicht. Stattdessen sieht dieses Gesetz nun vor, dass der Beschuldigte dieses eben hätte erkennen müssen. Was ist der Maßstab für das Erkennen-Müssen? Die Leitkultur? Derjenige "mit fremden Sitten" muss eben per Strafe vorgeführt bekommen, was er hätte erkennen müssen?

Infobrief Nr. 17 – Oktober 2017

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> "Zahlen gibt es, wenn überhaupt, nur zu den noch nicht ausermittelten Anzeigen. In den meisten Bundesländern liegen sie auf dem Niveau der Vorjahre. In Rheinland-Pfalz und im Saarland sind sie rückläufig. In Sachsen und vor allem in Niedersachsen gibt es einen Anstieg der Anzeigen." Panorama, Beitrag vom 28.07.16 | 21:45 Uhr

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Richter am BGH Fischer in seiner Kolumne vom 10.05.2016, http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-05/sexualstrafrecht-noetigung-vergewaltigung-fischer-imrecht/komplettansicht.

### Weiterhin:

Der neue § 177 Abs. 2 Nr. 3 StGB: "Ebenso wird bestraft, wer sexuelle Handlungen an einer anderen Person vornimmt oder von ihr vornehmen lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einem Dritten bestimmt, wenn der Täter einen Überraschungsmoment ausnutzt." Wurde denn bisher eine strafbare Handlung deshalb straflos, weil sie überraschend erfolgte? Wird ein Dieb deswegen nicht verurteilt, weil er mit dem Diebstahl überraschte? Worum geht es also: Der Ruf nach der Bestrafung des "plötzlichen Grabschers" musste beantwortet werden.

Und:

Ein neuer § 184 j StGB: "Wer eine Straftat dadurch fördert, dass er sich an einer Personengruppe beteiligt, die eine andere Person zur Begehung einer Straftat an ihr bedrängt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn von einem Beteiligten der Gruppe eine Straftat nach den §§ 177 oder 184i begangen wird und die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist."

Nichts, aber auch nichts musst Du selbst getan haben, es reicht aus, dass Du zu dieser Personengruppe zählst. Bestrafung ohne eigene Tat – unvereinbar mit rechtsstaatlichen Grundsätzen.

"Ich würde dagegen sehr gern an Folgendem festhalten: Das Strafverfahren des Rechtsstaats ist kein Tribunal zur Vernichtung von 'Tätern', 'Feinden' oder Ungläubigen! Es ist ein in Jahrhunderten erkämpftes und gegen Moralunternehmertum jeder Art erstrittenes (und erlittenes) Verfahren, das dem Schutz der Beschuldigten dient. Die Erkenntnis, wer der Täter ist und wer das Opfer, ist das (mögliche) nicht Ergebnis Verfahrens. dieses seine Voraussetzung. Ein Freispruch, weil die Beweise die Schuld nicht belegen, ist keine Niederlage des Rechtsstaats und keine "Schutzlücke", sondern ein Sieg des Rechts über die Willkür. Wer es anders haben möchte, kann dann demnächst wieder in die Keller der "peinlichen Befragung" zurückkehren. Abschließend: Was meinen Sie, Leserinnen und Leser: Würden Sie es bemerken, wenn Sie genötigt gegen Ihren Willen zu etwas gezwungen - werden? Soll es strafbar sein, wenn irgendjemand auf der weiten Welt etwas gegen Ihren Willen tut, obwohl Sie dagegen nichts gesagt, nichts unternommen, nichts veranlasst, keine Grenzen gesetzt und nichts gewollt haben? Sind wir alle in den Stand der unmündigen Kinder zurückgefallen?"

(Richter am BGH Fischer in seiner Kolumne vom 10.05.2016, http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-05/sexualstrafrecht-noetigung-vergewaltigung-fischer-imrecht/komplettansicht).

Die weiteren unscheinbaren Änderungen zeigen deutlich, worum es geht: Meldepflicht an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wenn ein Geflüchteter wegen dieser Delikte angezeigt wird. Erleichterte Ausweisung, wenn ein Geflüchteter wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verurteilt wurde. Und – nebenbei – auch, wenn der Geflüchtete wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt wurde.

### Nein heißt Nein! Ja in diesem Sinne:

... Nein zu einer rassistischen, verlogenen Schmutzkampagne der untersten Schublade! Nein zu Gesetzen, die sich um verfassungs- und rechtsstaatliche Grundsätze eine Dreck schert! Nein zu einem Hineinregieren des Staates in unser Privatleben!

(Anna, Köln)



### Wir empfehlen, zu diesem Infobrief EXTRA auch den Teil I zum Thema Asylrecht statt Kriegsrecht zu kaufen

### Inhalt:

Inhalt	Seite
EDITORIAL	03
Erklärung Asylrecht statt Kriegsrecht	04
AKTUELLES vom Notstand der Republik	
Die Geschichte des deutschen Asylrechts - Von einer Lehre aus dem Faschismus zur Zerschlagung der Demokratie	06
Flucht und Fluchtursachen	11
60 Millionen. 1 Million. Und wie viele Tote? - Zur aktuellen Völkerwanderung	12
Wer gegen wen? Wer mit wem? - Kriegsgefahr, Europa und der deutsche Imperialismus	13
Auslandseinsätze der deutschen Armee seit 1990	16
Unmöglich oder reaktionär das Europa der Deutschen	18
Kanonen statt Butter. Fregatten statt Betten. Soldaten statt Hilfe. Krieg statt Friede - Europäische Armee und Grenzschutz	23
Militärstaat - Flüchtlinge als Anlass für den Bundeswehreinsatz im Inneren	24
Alltägliche Militarisierung auf dem Weg in den nächsten Krieg	26
Neue Kampagne der Bundeswehr - "Mach was wirklich zählt!"	28
Im "Kampf gegen den Terrorismus" wird die bürgerliche Republik zerschlagen	30
Neue Spezialeinheit der Bundespolizei gegründet	33
Neue Hilfspolizisten im Anmarsch	33
Versammlungs(un)freiheit - Ein kurzes Beispiel aus Bayern	34
Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen $\dots$ - Flüchtlinge, die neuen Arbeitssklaven?	34
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Friede den Hütten - Krieg den Palästen	38
Internationale Anti-Kriegs-Aktion - "Klassenkampf statt Weltkrieg"	39

Anhang

## AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

### Auf die Straße

Im Folgenden ein paar Beispiele von Aktionen, die wir im Rahmen der Kampagne Asylrecht statt Kriegsrecht - Kampf um Befreiung statt Flucht, Krieg und Barbarei durchgeführt haben:



Esther Bejarano & Microphone Mafia: Die Aktion junger Antifaschist\*innen des Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik beim Konzert Esther Bejarano und von der Microphone Mafia im März 2016 in Hof kam bei der Band so gut an, dass sie eines unserer Transparente mit auf ihre Tour nahmen und auf den folgenden Konzerten auf der Bühne hissten. (Im Bild zu sehen Mitglieder des JAA beim Konzert in Regensburg)



Bundesweiter Schulstreik "Jugend gegen Rassismus - Schulter an Schulter gegen Ausgrenzung, Abschiebung und Krieg" am 27.04.16 – Wir waren in verschiedenen Städten dabei. Wie z.B. in Bremen: Foto



Demo Dortmund: Der Jugendaktionsausschuss beteiligte sich am Antifaschistischen Aktionsbündnis "Blocka-Do" am 04. Juni auf der "NoTddZ"-Demo in Dortmund. Neben zahlreichen Redebeiträgen gab es unter anderem während einer Kesselpause eine Sprechgesangseinlage von Freestyle-Künstler Holger Burner.







Köln Domplatte: Mit mehreren Bannern und Transparenten machten ca. 30 Aktivist\*innen des JAA am 05. Juni 2016 kurzerhand die gesamte Kölner Domplatte zum Sprachrohr der Aktion "Asylrecht statt Kriegsrecht". Im Anschluss ging es weiter zum Birlikte-Straßenfest, das dieses Jahr ebenfalls selbst ein politisches Statement zum Thema Integration darstellte.







Demo München: Neben 4500 Antifaschist\*innen nahm auch der JAA mit seinen Transparenten am 17. Juni 2016 an der "Demonstration für ein solidarisches Miteinander gegen das geplante Ausgrenzungsgesetz der Bayerischen Staatsregierung!" in München teil. Trotz schlechten Wetters kamen die Forderungen nach echter Integration und gegen Staatswillkür beim Publikum gut an.





Anlässlich der Verabschiedung des sogenannten Integrationsgesetzes durch den Bundestag am 7. Juli 2016 erschienen diese Transparente vor dem Reichstag. Sie können solche Gesetze erlassen, aber wir werden sie nicht befolgen!



Fußballturnier gegen deutsche Leitkultur von SJD - Die Falken Regensburg und linksjugend ['solid] Regensburg mit inhaltlichem Programm in der Halbzeit, welches die Machenschaften der Herrschenden aufdeckte.





Demonstration in Ingolstadt zum Antikriegstag.

# "Jubel über militärische Schauspiele ist Reklame für den nächsten Krieg" oder

## Über das Demokratieverständnis in Burglengenfeld

Gemeinsam mit der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinte KriegsgegnerInnen protestierten die SJD -Die Falken KV Regensburg und der Regensburger Unterstützerkreis "Klassenkampf statt Weltkrieg" am 14. Oktober gegen den Auftritt des Bundeswehrmusikkorps Veitshöchheim in der Stadthalle in Burgenlengenfeld. Während die Bundeswehr - ganz entsprechend ihrer Geschichtsvergessenheit - gleich neben der Hans-Scholl-Grundschule und der Sophie-Scholl-Mittelschule auftritt, haben wir Kriegsgegner es etwas schwerer. Das Ordnungsamt hat uns einen Platz abseits der Stadthalle zugewiesen, wo wir uns mit Flugblättern und einem Transparent mit einem Auszug aus Kurt Tucholskys Gedicht "Der Graben" aufstellten: "Die Militärkapellen spielen auf zu eurem Todestanz [...] Das ist dann der Dank des Vaterlands."

Einzelne Kriegsgegner begaben sich jedoch direkt in die Stadthalle um Flugblätter ans Publikum zu verteilen, was einen deutschen Beamten, der sich als "das Ordnungsamt" vorstellte, zum Ausflippen brachte. "Geben Sie mir Ihren Namen! Ich bin berechtigt Ihren Ausweis zu sehen!" und "Ich bin das Ordnungsamt. Ich darf Sie hier festhalten" schrie der Beamte in alter Blockwartmanier die jungen Kriegsgegner an. "Sie werden nie wieder eine Versammlung in Burglengenfeld erlaubt bekommen!".

So steht es um die bürgerlichen Freiheiten in Burglengenfeld und in dieser Republik. Wir lassen uns aber auch nicht von cholerischen Dorfbeamten aufhalten. Wo immer sich der deutsche Militarismus zeigt, wo immer die letzten Reste demokratischer Freiheiten angegriffen werden, werden wir da sein. Unsere Zukunft ist nicht Faschismus, Krieg und Barbarei – Für den Frieden! Für den Sozialismus!

(Patrick, Regensburg)



## MATERIAL zum Notstand der Republik

# Vom Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin, am 13. und 14. Mai 2007

Mit den Referaten vom Jugendkongress zu folgenden Themen:

- Was ist das Besondere an der bürgerlichen Demokratie in der BRD
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Po-

lizeien und Geheimdienste

- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen der inneren und äußeren Sicherheit
- Hartz-Gesetze und die Jugend in der Bundeswehr
- Was ist der Staat





## Broschüre "Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?"

Aus dem Inhaltsverzeichnis

- Zur Geschichte von Blohm & Voss
- Zur Kriegsgefahr heute – Warum solche Aktionen notwendig sind
- Die Aktion
- Der Prozess
- Solierklärungen
- Reaktionen der Presse
- Der Kampf geht weiter



### Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik in Nürnberg, am 02. und 03. Februar 2008

Mit den Referaten und Reden vom Aktivistentreffen zu folgenden Themen:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den "Heimatschutz"
- Die Demonstrationen am 3. November 2007



Aktivistentreffen | **Notstand der Republik** Dokumentation



Zu den Umerdien des Notstands Die Nationandigkeit der Gewenkschaft im Kampf gegen des Notstands Der Kampf gegen des Notstandspoteze in den Oste Antein und was 40 Jahre desunds dazus wurde Ahlft gegen den "Jelematischaft. De Demonstrationen am S. November 2007

### Broschüre Best off Infobriefe

Analysen, Fakten und Aktionen aus 7 Jahren Kampf gegen Kriegsvorbereitung, Militarisierung und die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie



### Jugend gegen den Notstand der Republik

Analysen, Fakten und Aktionen aus 7 Jahren Kampf gegen Kriegsvorbereitung, Militarisierung und die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie

Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.org. Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik sowie alle bisher erschienenen Infobriefe befinden sich auf der Homepage (www.Ju gendkongress-Notstand-der-Republik.org) und können von dort aus auch bestellt werden.

## Erklärungen